

Rundschau

Der am 14. September gewählte Reichstag ist nunmehr zusammengesetzt und hat die erste Probe seiner Arbeitsfähigkeit abgegeben. Der Kustakt war nicht erhebelnd, denn zu der Feststellung der Abgeordneten machte die Berliner Straße eine böse Begleitmusik. Es kam draußen vor den Toren des Reichstagsgebäudes zu regelrechten Straßenkrawallen und Zerstörungen von Schaufenstern. Die polizeilichen Ermittlungen über die Urheber der Ausschreitungen haben ergeben, daß die Festgenommenen etwa zur Hälfte der Nationalsozialistischen Partei angehören. Sie wurden bereits vom Schnellrichter abgeurteilt, obwohl der Nachweis einer gewalttätigen Zerstörung nicht immer zu erbringen war. Daß die Ruhestörer es vor allem auf Firmen mit jüdischen Namen abgesehen hatten, beweist, daß es sich um ein planmäßiges Vorgehen handelte. Der neue Reichstag und die Regierung haben unterdessen die ersten Kräfte überstanden, die schweren Folgen allerdings nach. Durch das Eingreifen des Reichspräsidenten ist der Rücktritt des Reichsjustizministers Bredt von der Wirtschaftspartei vermieden worden. Die Fraktion wollte ihn zurückziehen, aber Bredt beugte sich dem Willen zur sachlichen Arbeit, den der Reichspräsident verkörpert. Allerdings hat die Wirtschaftspartei gleichzeitig die zu lange verzögerte Umbildung oder Neubildung der Regierung gefordert. Und es scheint, daß sich immer mehr Parteien diesem Standpunkt anschließen.

Nun hat der neue Reichstag auch wieder seinen Präsidenten. Sozialdemokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Staatspartei und Christlicher Volksdienst haben mit der Wahl Böbes den Sieg über die nicht geschickt aufgezogene Kandidatur Scholz (Volkspartei) davongetragen. Im übrigen wurden die Vizepräsidenten der Parteien entsprechend, wenn auch mit allerlei parteitaktischem Theater und etlichen Inkonsequenzen der Parteien, berufen: Stöhr (Nat.-Soz.), Esser (Z.) und Graef (Dnt.). Der Präsidentenwahl sah man mit einigen Sorgen entgegen, drohte doch dadurch der Bestand der Regierung gefährdet. Und nun steht wieder der erfahrene Herr Böbe dem Reichstag vor, so daß man für die geordnete Geschäftsführung im Parlament nicht zu bangen braucht. Freilich wird es in den nächsten Tagen stürmisch hergehen. Kleine Proben davon sind von links und rechts schon gegeben worden.

Reichsfinanzminister Brüning hat im Reichstag die Erklärung der Regierung abgegeben, die die zur Bewandlung von Staat und Wirtschaft ergriffenen Maßnahmen rechtfertigen und die Wege für die weiter geplanten Gesetze zur inneren Ordnung darlegen soll. Ein wichtiges Kapitel in der Regierungserklärung behandelt die Sozialpolitik, die Preis- und Lohnsenkungspläne des Kabinetts, auch die Außenpolitik ist kurz gestreift. Wie wichtig die wirtschaftliche und soziale Frage ist, beweisen die steigenden Ziffern der Arbeitslosigkeit, die zahlreichen Stilllegungen und Entlassungen in der Industrie, vor allem aber der Streik der 120 000 Metallarbeiter in Berlin. Durch einen Schiedsspruch wurde die Herabsetzung der Löhne in der Metallindustrie um 8 bzw. 8 Prozent ausgesprochen. Ob der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird, ist noch nicht entschieden. Jedenfalls haben ihn die Arbeitgeber angenommen, die Arbeitnehmer abgelehnt und gleichzeitig den Streik eröffnet. Bereits haben sich auch die politischen Parteien in die Sache gemischt, so daß es sehr schwer ist, eine beruhigende Lösung zu finden. Allerdings liegt dieser Lohnabbau in den Richtlinien des Kabinetts, das einen Preisabbau erzwingen will. Was erreicht wird, kann erst in einigen Wochen abgesehen werden. Die Parteien selbst versuchen sich im Reichstag den Rang abzulaufen mit Anträgen in der Richtung des Preisabbaues. Es soll der Abbau der Abgeordnetenentgelte und der Ministergehälter vorangehen. Gut gekrullt, Löwe! möchte man rufen, aber gleichzeitig dann auch der Abbau anderer hoher Gehälter, die in Organisationen, bei der Industrie und anderen Gesellschaften bezahlt werden. Hat doch ein Prozeß in Stuttgart dieser Tage erwiesen, daß eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft wie die Gemeinshaft der Freunde drei Direktoren mit je 2000 RM. Monatseinkommen hat. Und wieviel schlimmer sind die Verhältnisse bei Banken, Versicherungen, Industrielongeren usw. Kein Wunder, wenn sich der Arbeiter mit seinen becheidenen, oft zum Leben kaum zureichenden Löhnen und der untere und mittlere Beamte gegen den erzwungenen Abbau wehrt!

Dem Reiche ist es gelungen, von amerikanischen, holländischen und schwedischen Bankhäusern einen Ueberbrückungskredit von 500 Millionen zu erhalten und zwar zu günstigeren Bedingungen als die Younganleihe. Allerdings muß der Reichstag zuvor ein Tilgungsgelei bewilligen, die die Darlehen wirksam werden. Der Reichsfinanzminister hofft nun über die schweren Wintermonate hinwegzukommen und den Ausgleich im Reichshaushalt herbeiführen zu können. Wie notwendig die Ordnung der finanziellen Verhältnisse im Innern ist, hat ja die Entwicklung der Börse in den letzten Wochen erwiesen. Das Reich mußte seit den Wahlen gegen 500 Millionen Geld und Devisen aus der Reichsbank abführen, die Kurse aller Wert- und Industrieapapiere sanken so tief wie kaum einmal. Die Verluste gehen in die Hunderte von Millionen. Man kann allerdings darauf hinweisen, daß auch in Amerika, das keine Finanzkrise wie

Deutschland hat, wohl aber eine Art Wirtschaftskrise, die Kurse der Börsen seit Monaten einen nie erlebten Tiefstand aufweisen. Inzwischen ist seit der Herausziehung des Reichsbankdiskonts, beruhigenden Erklärungen des Reichsfinanzministers und seit sich in der Regierung ein harter Wille zur Führung zeigt, eine gewisse Beruhigung eingetreten. Wie stark der Abfluß deutschen Geldes ins Ausland und die Angstpanik sowie die Zurückziehung französischer Kredite an deutsche Unternehmungen dabei mitgewirkt haben, läßt sich nicht genau nachweisen. Dabei ist jedoch kein Zweifel, daß die deutsche Währung absolut gelichtet ist. Die allgemeine Unsicherheit ist hervorgerufen nicht allein durch die innerpolitischen Aussichten und das Wahlergebnis des 14. Septembers, sondern vor allem auch durch die gespannte Lage in Europa überhaupt.

Die Revision der Friedensverträge ist derzeit das große Thema der Weltpresse, und wenn die Reichsregierung in dieser Frage bisher sich zurückhielt, so geschah es vor allem, weil die innere Ordnung nicht hergestellt ist und die eigenen Finanzen in Unordnung sind. Aber die Regierung wird durch die Volkstimmung immer mehr dazu gedrängt werden, namentlich infolge der politischen Rechtsverschiebung der parlamentarischen Kräfte, daß sie die Parole auf Revision der Verträge nicht unbeachtet lassen darf. Man hörte in dieser Woche sogar von einer Entschließung der freien Gewerkschaften, die in dieser Richtung ging. Daß darüber in Frankreich helle Wut zum Ausbruch kommt, darf nicht weiter schrecken. Ist es doch gerade die französische Rüstungspolitik, die die Welt beunruhigt. Der französische Sozialist Paul Boncour hat kürzlich gesagt: „Eines ist klar, wir gehen einem neuen Krieg entgegen. Das zu bestreiten wäre so abläßlich, wie abzuleugnen, daß das allgemeine Welt-rüstung zu einem Krieg führen muß. Also bewaffnen wir uns, weil es kein anderes Mittel zu geben scheint.“ So kommt es dann, daß französische Heftblätter immer wieder von einem Deutschland mit Geheimrüstungen sprechen. Dabei haben selbst die in Frankreich so gefürchteten Nationalsozialisten durch ihren Adolf Hitler die Erklärung abgegeben, daß sie wohl die Revision der Verträge und die Zerreißung des Youngplanes wollen, aber nicht mit Krieg und Eroberung.

In Preußen geht im Landtag der Kampf gegen die Regierung Braun; aber wiederum wird der Ministerpräsident Sieger bleiben, wird mit diktatorischer Strenge seines Amtes walten und das Verbot der Kommunisten und Nationalsozialisten in staatlichen Stellen durchführen. Aber die Gegnerschaft gegen dieses System ist im Wachsen. Der „Stahlhelm“ hat bereits ein Volksbegehren zwecks Herbeiführung von Neuwahlen angekündigt.

Wenn in diesen Tagen ein später und milder Herbst mit Sonne die Welt vergoldet und nachholt, was verzögerte Wochen in den letzten Monaten den Menschen an Freude nahmen, so entspricht das der inneren Stimmung des deutschen Volkes. Grüßen wir doch jeden „Silberstreifen“, der uns Hoffnung für bessere Zeiten macht, als ein Ereignis! Die Sonne des Herbstes kündigt das strahlende Sterben der Natur, unser aber ist der heiße und harte Kampf ums Leben und die Daseinsgrundlagen des deutschen Volkes. Vielleicht vermögen wir aus der steigenden Ausfuhr und der sich mindernden Einfuhr die Ansätze zu einer wirtschaftlichen Wandlung zu erkennen! Vielleicht ist der neue Reichstag trotz seiner parteipolitischen Zusammensetzung ein brauchbares Instrument, das in sachlicher Arbeit endlich die Wege des Aufbaues beschreitet. Vielleicht!

Hilfstruppen

Von Hans Elstermann

Im Gegensatz zu der Ansicht weiter Kreise in Deutschland, die auf dem auch von der Reichsregierung vertretenen Standpunkt stehen, daß der Ausfall der Reichstagswahlen zu einer Wenderung des außenpolitischen Kurzes keinen Anlaß böte, sieht das Ausland in dem einzig dastehenden Erfolg der Nationalsozialisten nicht allein eine Warnung des deutschen Volkes an seine Feinde, sondern darüber hinausgehend die Befundung des festen Willens, mit der bisher befolgten Politik einseitiger Erfüllung des Versailler Diktats und späterer Zugeständnisse zu brechen. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Auffassung des Auslandes sich in den Pressestimmen teils als Befürchtungen, teils als Genugtuung kundgibt, je nachdem man sich Nachteile oder Vorteile von dem Erwachen des deutschen Widerstandswillens verspricht. Bemerkenswert ist jedoch, daß, abgesehen von der fast einheitlichen Einstellung der französischen — und natürlich auch polnischen — Presse auf der einen, den ebenso gleichgerichteten, aber den entgegengesetzten Standpunkt einnehmenden Äußerungen des italienischen Blätterwaldes auf der anderen Seite, in allen Ländern sich Stimmen finden, die in sachlicher Würdigung aller Umstände aus dem Wahlergebnis in Deutschland den Schluß ziehen, daß es unbedingt außenpolitische Folgen im Sinne der Herbeiführung einer wirklichen Gleichberechtigung Deutschlands und einer Erleichterung seiner finanziellen Lasten zeitigen müsse.

Man kann hier einwerfen, daß sich solche Stimmen in der Presse aller Länder, auch Frankreichs, schon vor dem nationalsozialistischen Wahlerfolg erhoben hätten. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit diese durch den bereits im Wahlkampf sich deutlich abzeichnenden Zug zum radikalen Nationalismus beeinflusst wurden. In ihrer überlegenen Mehrheit gingen sie jedenfalls von der Ueberzeugung aus, daß die — zumeist nur schüchtern angedeutete — Revision der Versailler und späteren Abmachungen aus wirtschaftlichen Gründen notwendig würde. Man hätte sich — mit gutem Recht — weitergehende Ansprüche Deutschlands zu erheben, die von dessen Regierung selbst nicht vertreten wurden. Wo es doch geschah, beispielsweise ab und zu in Italien, lag dem vornehmlich die Wahrnehmung eigener Interessen, bedingt durch den Gegensatz zu Frankreich, zugrunde.

So bedeutungsvoll deshalb die noch entschiedener lautenden Äußerungen der italienischen Presse über das deutsche Wahlergebnis erscheinen, bei ihrer Wertung darf man die italienisch-französische Spannung nicht außer acht lassen. Ganz anders hat man dagegen die gewichtige Stimme einzuschätzen, die aus England herüberhallt. Lord Rothermere ist der Bruder Lord Northcliffes, jenes berühmten Pressegehaltigen, der an erster Stelle den Lügenfeldzug gegen die Mittelmächte geleitet hat. Er trat bereits im Jahre 1927 für die Revision eines Weltkriegs-Friedensdiktates ein, indem er für Ungarn Befreiung vom Trianonfrieden forderte. Er begnügte sich dabei nicht mit dem einen temperamentvollen Artikel, den er in seiner „Daily Mail“ veröffentlichte, sondern lehrte den Kampf seitdem unermüdet fort. Es kann gar nicht daran gezweifelt werden, daß Ungarn die bei der Regelung der Reparationen und anderer noch offener Fragen errungenen Erfolge nicht zuletzt der Propaganda verdankt, die Rothermere für das Donauland getrieben hat. Dabei darf allerdings auch die gewandte Ausnutzung der Rothermereschen Schildknappendienste durch die ungarische Regierung nicht unerwähnt bleiben.

Auch bei dem Vorstoß, den Rothermere jetzt für eine Revision der Deutschland auferlegten Bedingungen unternahm, spielt Ungarn eine Rolle. Gerade die Behandlung, die ungarische Belange vor dem Völkerbund gefunden haben, ist nach des Lords Ansicht ein Beweis dafür, daß von dieser Stelle eine gerechte Regelung der deutschen Beschwerden nicht zu erwarten ist. Das habe sich bei den Verhandlungen über die Rinderheitenfragen in Genf erst kürzlich wieder gezeigt. Des weiteren verbindet Rothermere deutsche und ungarische Revisionsansprüche geradezu miteinander. Er will unter Aufgehen sämtlicher von Deutschen bewohnter Gebiete Osteuropas im Reich einen deutsch-ungarischen Block geschaffen sehen, den er für den besten Schutzwall gegen den Bolschewismus ansieht. Man braucht Rothermere nicht in allen seinen Ausführungen zu folgen. Jedenfalls aber bietet sie jeder deutschen Regierung, die entschiedener als bisher eine Revision des Versailler Diktates von Grund auf betreiben will, eine nicht zu unterschätzende Handhabe. Das gilt vornehmlich auch von einem Zusammengehen mit Ungarn.

Der Einfluß des Wahlausganges auf die Revisionsbereitschaft des Auslandes — mag sie auch in erster Linie der Frucht vor einer „Explosion“ des unter übermäßigem Druck stehenden Deutschlands entspringen — ist also unverkennbar, wenn sie auch zunächst nur in Pressestimmen zum Ausdruck kommt. Aber auch auf Fragen, die innerhalb des Versailler Diktats noch auf Lösung harren, muß und wird die Zunahme der rechtsradikalen Stimmen ihre Wirkung ausüben. Hier steht die Abrüstungsfrage im Vordergrund. Die Vorwürfe, die gegen den Völkerbund von diesen Seiten erhoben wurden und die kein völliges Versagen auf diesem Gebiete rügten, hat soeben erst der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, in aller Schärfe unterstrichen. Es wäre erfreulich, wenn man darin ein erstes Heraus-treten der deutschen Regierung aus ihrer bisherigen Zurückhaltung beim Verfechten deutscher Ansprüche, die vielleicht bisher durch die innenpolitische und außenpolitische Lage geboten war, sehen dürfte. Es strecken sich ihr seit dem 14. September viele Arme hilfsreich entgegen. Falls wäre es, diese zurückzuweisen, nur weil sie sich aus Anlaß des nationalsozialistischen Wahlerfolges anbieten.

England—Frankreich und die Frage der Revision der Friedensverträge

London, 16. Okt. „Daily Telegraph“ veröffentlicht einen langen Aufsatz von Professor Maurice Gersthoff über die Frage der Forderung nach Revision der Friedensverträge. Darin wird u. a. ausgeführt, am Quai d'Orsay rechne man damit, daß während der nächsten Jahre jede deutsche Regierung — mit der wahrscheinlichsten Unterstützung Italiens, Ungarns und Oesterreichs — auf eine baldige und umfassende Revision der Friedensverträge dringen werde. Gegenwärtig sei Frankreich im Begriffe, zu erkunden, welche Haltung die britische Regierung einnehmen würde, wenn Deutschland in Genf oder sonstwo diese Frage aufwerfen sollte. Der Verfasser des Artikels verlangt, daß sich gegenwärtig tagende britische Reichskongresse mit diesen Fragen befassen sollte. Frankreich frage, ob Großbritannien, abgesehen von seinen genau umschriebenen Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag bereit wäre, das Versprechen abzugeben, Frankreich und Frankreichs Verbündeten dabei zu helfen, jegliche Ab-

Änderung aller in den Friedensverträgen festgelegten Grenzen zu verhindern. Der Verfasser betont, daß die Doktrin der „Einheitsfront“ zwischen Großbritannien und Frankreich in moralischer und legaler Beziehung den Locarno-Verpflichtungen Englands widersprechen würde. Abgesehen davon sei es undenkbar, daß ein einziges britisches Dominion mobilmachen würde, um Frankreich, Deutschland, Italien oder Polen wegen einer Frage, die der des Korridors zu verteidigen und Geld und Blut für den Grundlag der Parität oder Nichtparität zwischen der französischen und der italienischen Flotte zu opfern. Professor Geroldswohl schließt: Am besten wäre eine gemeinsame Erklärung Großbritanniens und der Dominions, daß sie, abgesehen von den bestehenden Verpflichtungen, die nicht erweitert werden sollen, keinen Tropfen Blut wegen einer rein europäischen Streitfrage ausgeben werden. Eine solche Erklärung würde wie eine kalte Dusche auf alle krieglustigen Elemente wirken.

Trohende Spaltung Europas in zwei bewaffnete Lager?

London, 16. Okt. In News Chronicle schreibt J. A. Spender: Die Zukunft birgt die Gefahr in sich, daß Europa des Völkerbundes überdrüssig werden und sich wieder in zwei bewaffnete Lager spalten könnte. Die Hitlerbewegung bedeutet eine Sturmwarnung. Wenn Hitler wesentlichen Anhang in Deutschland findet, so erhält er ihn von Männern und Frauen, die der Meinung sind, daß die erzwungene Entwaflnung ihres Landes in einer Zeit, wo die anderen Nationen dauernd aufrüsten, eine nationale Demütigung ist. Anhänger Hitlers rekrutieren sich ferner aus Leuten, die den Glauben daran verloren haben, daß vom Völkerbund eine Revision der drückenden Bestimmungen des Friedensvertrages zu erlangen sein wird. Wenn dieses Gefühl sich ausbreitet und kein Mittel gefunden wird, ihm seine Grundlage zu entziehen, dann werden wir es erleben, daß eine Spaltung Europas in eine Partei der Anhänger der Vertragsrevision unter Führung Deutschlands und Italiens, mit England im Hintergrund, und eine Partei der Gegner der Vertragsrevision unter Führung von Frankreich eintritt.

Verhandlungen beim württ. Staatsforst

Stuttgart, 16. Okt. Die beiden Landarbeiterverbände geben bekannt, daß am 14. Oktober Verhandlungen stattfanden. Als Ergebnis liegt vor: 1. Eine Kürzung der jetzigen Stundenlöhne findet nicht statt. Die Forstdirektion wünscht aber Verhandlungen, sobald eine wesentliche Verbilligung der Lebenshaltung eingetreten ist. 2. Für die folgende Dauerperiode werden die Stundlöhne auf der vorjährigen Unterlage abgeschlossen. Eine Kürzung sämtlicher Stundlöhne darf nicht stattfinden, jedoch behält sich die Forstdirektion vor, Kürzungen vorjähriger Stundlöhne und bei den Sortimenten oder Zuschlägen vorzunehmen, wo im Vorjahr ein wesentlicher Ueberverdienst vorlag oder die Arbeitsverhältnisse eingegangen werden und nach Beendigung dieser die Holzhauser für den freien Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Somit dürfte künftig ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach Beendigung der Waldarbeiten bestehen.

Aus dem Gerichtssaal

Der G.d.F.-Prozess
Weitere Beweisaufnahme

Als Mittwoch nachmittag mit der Beweisaufnahme fortgesetzt wurde, gab zunächst Justizrat Müller die Erklärung ab, daß das Ratte Anshwellen des beanstandeten Gehaltskontos bei der G.d.F. auf ein entsprechendes Zunehmen der Angestellten zurückzuführen sei. Alsdann wurde der Zeuge Kropp, der Gründer der G.d.F., vernommen. Er verbreitete sich über den Grundgedanken seiner Gründung und das von ihm eingeführte Anteilungssystem, das er für besser hielt als das, das jetzt gebandhabt wird. Er hielt in der letzten Anteilung eine Benachteiligung der Kleinen Sparer. Seiner Ansicht nach wird der soziale Gedanke nicht mehr so wie früher verfolgt. Dies habe ihn bestimmt, aus der G.d.F. auszutreten. Eine finanzielle Unterstützung habe er zurückgewiesen, seitdem er der G.d.F. nicht mehr angehört. Früher habe er die gleichen Gehälter bezogen wie die übrigen Direktoren. Der Zeuge Kropp bezieht jetzt nur noch seinen ihm vertraulich zuhebenden Anteil aus der Zeitschrift „Mein Eigenheim“, der sich allerdings jährlich auf etwa 8000 Mark beläuft. Das Verlagsrecht vom „Eigenheim“ hat ihm früher zugestanden. Er, Kropp, sei gegen den Verwaltungsausschuss in Ludwigsburg gewesen, der ursprünglich als Bau der Stadtgemeinde Ludwigsburg gedacht war, später aber von der G.d.F. unter verschiedenen Vorwänden nachträglich erworben wurde. In den Kreisen der Bauarbeiter war aber nur bekanntgeworden, Ludwigsburg bause das Verwaltungsgedäude. Als es dann zu der Frage kommt, ob er es gewußt habe, daß die Zinsen aus den ausseliebenden Darlehen für die Bauarbeiter verwendet werden, wollte sich der Zeuge zunächst nicht recht bestimmen können. Es bedurfte daher der Ermahnung von Seiten des Vorsitzenden, sich der Folgen eines Meineides bewußt zu werden. Dann fiel es Kropp wieder ein, daß diese Zinsen tatsächlich den Bauarbeitern zugute kamen. Die weitere Verhandlung bringt einen hitrigen Zusammenstoß zwischen den Vertretern der beiden Parteien. Verteidiger Dr. Eissas verliest einen Brief, den Justizrat Müller-Heiny in Angelegenheiten der G.d.F. an einen Herrn Hartmann geschrieben hatte. Hierzu erklärt Justizrat Müller-Heiny: Woher haben Sie diesen Brief? Ich behaupte, dieser Brief wurde geklaut. Dr. Eissas gibt darauf eine Darstellung der Vorgänge, durch die der Brief in die Hände des Angeklagten gelangte, der ihn abschrieb, ebe er das Original an Justizrat Müller-Heiny zurückgab. Bei

einer Verhandlung vor dem Landgericht Dellbronn seien Justizrat Müller-Heiny sowie Herr Deuteshoven zugegen gewesen. Dabei habe Justizrat Müller-Heiny eine Aktenmappe auf der Journalistenbank liegen lassen. Diese sei dann Deuteshoven übergeben worden mit der Bitte, sie dem Besitzer zu überbringen. In dieser Mappe befanden sich nun die Briefe, die Justizrat Müller-Heiny in Sachen der Kämpfe innerhalb der G.d.F. geschrieben hatte. Deuteshoven habe sich eine Abschrift davon besorgt. Dr. Eissas erklärt nun, nach den ganzen Belegumständen habe man annehmen müssen, diese Mappe sei Deuteshoven absichtlich in die Hände gespielt worden von Justizrat Müller. Dieser verwahrt sich gegen die Unterstellung in längeren Ausführungen.

Eine weitere Rolle spielten 100 000 Schilling (60 000 Mark), die dem Bauerleiter in Desterreich zuzinsen und gegen die der Angeklagte auf Grund einer ihm zugegangenen Information ebenfalls einen Einwand erhoben hatte. Einmal wurde dieser an sich hoch erscheinende Betrag aber für zwei Jahre dem Bauerleiter angewiesen, und dann weil er in Wien ein Büro mit 16 Angestellten unterhält. Kropp mußte auf eine Zwischenfrage auch zugeben, daß er sich früher selbst in einem Ausschuss im „Eigenheim“ für das neue Anteilungssystem eingesetzt habe und daß er in diesem Artikel sich darüber ausgelassen habe, daß tatsächlich jede Gewähr für eine gerechte Zuteilung gegeben sei. Kropp verteidigt dies damit, daß er zu dieser Zeit die Auswirkungen noch nicht gekannt habe und daß er sich da nur auf die Berechnungen des Rathemattlers verlassen habe.

Von großer Bedeutung waren die Ausführungen des vom dem Beklagten geladenen Sachverständigen Professor Cheunz-Kespond, der ausführt, daß es zu weit gehe, wenn man die Bilanz der G.d.F. als unehrlich bezeichnet. An sich wäre die Bilanz in Ordnung. Es hätte vielleicht einer der Posten stärker zum Ausdruck gebracht werden können. Man könnte höchstens sagen, daß die Bilanz offener sein dürfte, um den Bauarbeitern einen größeren Einblick zu gewähren. Anschließend wurden dann noch einige Zeugen vernommen, deren Aussagen jedoch ziemlich unwesentlich waren.

Die Vernehmung verschiedener Zeugen, die der Bauarbeiter-Versammlung angewohnt haben, ergab keinen Beweis für die dem Angeklagten zur Last gelegte Neuerung „Gesellschaft mit beschränktem Hien“. Nach der Vernehmung des Landgerichtsdirektors a. D. Speidel und der im Zusammenhang damit gemachten Feststellungen über unzulässige Ausschaltungen bzw. Rückzahlungen an Bauarbeiter wurde die Verhandlung abgebrochen.

Während am ersten Verhandlungstag des Gemeinshaft der Freunde-Prozesses in erster Linie die Frage der Gemeinnützigkeit besprochen wurde, stand am Donnerstag das Zuteilungssystem bei der Gemeinshaft der Freunde im Vordergrund der Beweisaufnahme. Vom Gericht wurde dabei ausdrücklich betont, daß das Gericht nicht zu prüfen habe, welches der beiden Systeme, das Auslosungssystem von Kropp oder das jetzt übliche Jahresgruppenystem, das richtige sei. Es ist nur die Frage zu prüfen, ob der gegen die Gemeinshaft der Freunde erhobene Vorwurf, daß durch das neue System die Kleinsparer benachteiligt wären, zu Recht erhoben sei. Die Gemeinshaft der Freunde legte hierzu verschiedene Tabellen vor, denen zu entnehmen war, daß von einer Benachteiligung nicht die Rede sei. Eine genaue Berechnung läßt sich allerdings nicht ermöglichen. Der Zeuge Kropp hält nach wie vor daran fest, daß die Kleinsparer im Recht sind. Zeuge Lieb, Direktor bei der Gemeinshaft der Freunde, stellt fest, daß die Jahresgruppe 1925 20,5 Millionen RM mehr erhalten habe, als diese Jahresgruppe selbst aufgebracht habe. An sich fehlen diesen Jahresgruppen diese Beträge, die aber im Wege des Ausbleibs an anderen Bauarbeitern aufgebracht werden, was dem eigentlichen Sinne des Zweckparens entspricht. Im Laufe der sehr ausgedehnten Beweisaufnahme stellte sich heraus, daß der Aufsichtsratsvorsitzende, wenn er Geschäfte gemacht hätte, diese mit eigenen Bauarbeitern hätte machen müssen. Ebenso verhält es sich mit dem Vorwurf, daß die Gemeinshaft der Freunde selbst zugegeben habe, daß sie nicht sozial sei. Diese Behauptung wurde wohl von der Gemeinshaft der Freunde aufgestellt, doch hat der Uebermittler dieser Information nicht davon gesprochen, in welchem Zusammenhang diese Redewendung fiel. Am Donnerstag nachmittag wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Samstag vormittag 8 Uhr vertagt.

Spiel und Sport

Der Fußball am nächsten Sonntag

- Bezirksliga
Gruppe Württemberg:
Stuttarter Kickers — FC. Pforzheim
Union Bödingen — Bröhlmann
Virtusfeld — VfR. Dellbronn.
Gruppe Baden:
Phönix Karlsruhe — Karlsruher FV.
FV. Rastatt — FC. Freiburg
FV. Schramberg — VfB. Karlsruhe
SvCl. Freiburg — FC. Villingen.
Kreisliga
Kreis Alt-Württemberg:
SvL. Feuerbach — VfB. Ludwigsburg
Vomans — Markgröningen
Eintracht Stuttgart — Kornwestheim
SvBa. Prag — Sportfreunde Stuttgart
Sonthelm — Jabn Stuttgart.
Kreis Jollern:
Riechheim — SvL. Reutlingen
Sportfreunde Tübingen — SC. Göppingen
Ebingen — Donzdorf
Tallingen — Wannweil
SvL. Göppingen — SvBa. Tübingen
Kürtingen — Wisingen.

Tobackenspieler sind: Nordbavern: SvBa. Fürtth mit 13:1 Punkten vor L. FC. Nürnberg mit 10:4 Punkten; Südbavern: Bayern München mit 13:1 vor Schwaben Augsburg mit 9:5 P.; Württemberg: FC. Pforzheim mit 10:2 vor VfB. Stuttgart, Kickers Stuttgart und Union Bödingen mit je 8:4 P.; Baden: Karlsruher FV mit 12:0 P. vor FC. Villingen mit 7:5 P.; Rhein: Phönix Ludwigsburg mit 11:3 vor SvL. Waldhof und VfL. Heiden mit je 10:4 P.; Saar: VfB. Saarbrücken mit 12:2 vor Borussia Neunkirchen mit 10:2 P.; Main: Eintracht Frankfurt mit 13:1 vor Kickers Offenbach mit 10:4 P.; Hessen: Germania Worms mit 11:1 vor Alemannia Worms und VfL. Reutlingen mit je 9:5 Punkten.

Die Tabellenleiter und mitbin in erster Linie vom Abstieg Bedrohten heißen: VfB. Würzburg (Nordbavern), Innohstadt-Rimasee (Südbavern), VfR. Heilbronn (Württemberg), VfB. Karlsruhe (Baden), FC. Kirchheim (Rhein), VfB. Villingen (Saar), Heidenheim (Main), SV. Darmstadt (Hessen).

Ohne Punktverlust ist unter den 64 süddeutschen Bezirksligamannschaften nur noch der Karlsruher FV.

Das beste Torverhältnis weisen auf: Eintracht Frankfurt mit 33:6, Germania Worms mit 16:2, Karlsruher FV mit 28:5, SvBa. Fürtth mit 29:8. Bayern München hat zwar 27 Treffer geschossen, aber auch 15 Tore kassieren müssen.

Buntes Allerlei

Als in München die Erde bebte

„Aus München schreibt man dem „Montag Morgen“: Wissenschaftliche Beamte beobachteten Tag für Tag, ein Nachtwächter bedauert Nacht für Nacht den gleichförmigen Gang der Registrierenadeln der Münchener Erdbebenwarte. Endlich, in der Nacht zum 8. Oktober, rüttelt ein Einsturz-Nachbeben an den Häusern Münchens. Man schaut aus dem Fenster: Alle Leute sind aus dem Schlaf aufgeschreckt, die Wohnungen sind erleuchtet, viele Menschen sind auf die Straße geeilt. . . . Man telefoniert zur Erdbebenwarte. „Hier ham ma' nix beobacht'." — „Wie? Was sagen Sie?“ — „Hier ist nichts beobachtet worden.“ — Da ist es wohl das Beste, die Nacht auf der Erdbebenwarte zu verbringen: Dort scheint der einzige Ort, wo man vor dem Erdbeben sicher ist? Aber nein: Die Sache verhält sich ganz anders. „Ja mei, dö Nadeln“, erzählt der Nachtwächter. „Wissen S', dö Nadeln, dö Federn, dö wo dös Krickelradel mach'n — dö san aus der Führung rausg'sprunga! Wie i dös g'sehn hab', bin i aa rausg'sprunga — aus mel'm Bett nämli — und hab' dö Nadeln wieder eing'legt. Aha bis i dö Nadeln eing'legt hab', nacha war dös Erdbeb'n scho' vorbei.“

Höflichkeit, gepaart mit Humor, äußert sich jetzt in Berlin sogar im Plakat. In den Büros der Ortskrankenkassen liegt man: „Warum schimpfst und warum schimpfst du?! Das Gesetz bestimmt, und doch großt du! Der am Schalter steht, kann nichts dafür, er meint's-troy allem gut mit dir!“ Bekanntlich muß man seit einigen Wochen für jeden Krankenschein fünfzig Pfennig Gebühren zahlen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kuntz
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Geschäftliche Mitteilungen

Bereits am 21. Oktober 1930 beginnt die erste Klasse der 36.262. Preußisch-Süddeutschen Staatslotterie, deren Gewinnplan dieses Mal so außerordentlich verbessert wurde, daß niemanden es verümen sollte, sich ein Los zu besorgen. Die beliebten Mitteldinge sind in der 36.262. Lotterie verdoppelt und verdreifacht worden. Lose empfiehlt und versendet die Staatl. Lotterie-Einnahme-Fecher, Stuttgart, Friedrichstr. 58, auf deren Beilage in heutiger Nummer wie ganz besonders verdeutlicht werden.

Oft fällt die Wahl schwer

ein geeignetes Geschenk zur Verlobung oder Vermählung zu finden. Denken Sie daran, daß ein jedes, gerahmtes Bild stets Freude hervorrufen wird. Es ist das passende und vornehme Geschenk und verrät einen feinsinnigen Geschmack des Gebers.

Besichtigen Sie bitte unser Lager
W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig

Um meinen Kunden die Anschaffung von Stoffen und fertigen Kleidungsstücken zu erleichtern, gebe ich auf beinahe sämtliche Waren einen

Rabatt von 20 Prozent

Dieser Rabatt wird nur bei Käufen von Mk. 5.— ab und bei Barzahlung gewährt.

Paul Ränchle, am Markt, Calw.

